

Wir haben mit der ideologischen Auseinandersetzung begonnen

Sofort nach der Veröffentlichung der Beschlüsse und Materialien der 35. Tagung des ZK wurde den Mitgliedern der Parteileitung und den Agitatoren im Bahnbetriebswagenwerk Berlin-Rummelsburg am Beispiel der fraktionellen Tätigkeit der Genossen Schirdewan, Wollweber und anderer dargelegt, daß nicht einzelne Genossen die Politik im Betrieb bestimmen können, sondern nur die ganze Parteiorganisation unter Führung der Parteileitung eine richtige Politik im Betrieb machen kann. Dabei wurde die Bedeutung der Kontrolle über die Durchführung der gefaßten Beschlüsse hervorgehoben und durch die Parteileitung so eingeschätzt, daß dieses Prinzip der Parteiarbeit sich noch nicht voll und ganz durchgesetzt hat. Die Genossen der Parteileitung und Genossen Agitatoren informierten anschließend sofort alle Genossen in den Parteigruppen.

Für jede Parteigruppe wurden Genossen der Parteileitung verantwortlich gemacht. Sie luden die Genossen an mehreren Tagen eine Stunde vor Arbeitsbeginn ein und ließen sie in geeigneten Räumen die Materialien der 35. Tagung, vor allem den Bericht des Politbüros und das Referat des Genossen Alfred Neumann, studieren. Es zeigte sich — was bisher der Parteileitung nicht bekannt war —, daß einige Genossen noch nicht das „Neue Deutschland“ abonniert hatten. Ein Erfolg dieses organisierten Studiums war, daß sofort sechs Genossen das „ND“ abonnierten. Damit war auch für alle Genossen das Studium der Materialien gewährleistet.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion über die Reisen in die NATO-Staaten ein. Die Genossen der Parteileitung erkannten dabei, daß sie ihre Stellungnahme zur Fahrt des Genossen St. nach Westdeutschland revidieren mußten. Genosse St. war zur Regelung einer familiären Angelegenheit in die Bundesrepublik gefahren und hatte von den Organen des Bonner Staates 10 DM West als Schmiergeld entgegengenommen. Nach seiner Rückkehr legte Genosse St. den Genossen der Parteileitung sein Handeln

dar und erklärte, daß er das Geld nicht selbst verwendet, sondern seiner Schwester gegeben habe. Die Genossen der Parteileitung haben dem Genossen St. zwar gesagt, daß er nicht richtig gehandelt habe, ließen es aber dabei bewenden. Erst die gründliche Diskussion zur 35. Tagung des ZK führte dazu, daß der Berichtswahlversammlung der Parteiorganisation ein Beschlufentwurf vorgelegt wurde, der Reisen nach Westdeutschland zu persönlichen Zwecken mit der Ehre eines Parteimitgliedes für unvereinbar erklärt. Dieser Beschluß wurde nach eingehender Diskussion, gegen die Stimmen von drei Genossen, angenommen. Noch nicht geklärt wurde, daß Besuche in Westberlin den Fahrten in die NATO-Staaten gleichzusetzen sind. Die Parteileitung wird sich mit den drei Genossen weiter auseinandersetzen.

Die Parteileitung schätzte am 14. Februar 1958 ein, wie die 35. Tagung bisher ausgewertet wurde und faßte neue Beschlüsse. So wurde der Genosse Eggert beauftragt, jede Woche zweimal zwei Stunden mit den Wirtschaftsfunktionären des Betriebes die Probleme der 35. Tagung zu behandeln. Die erste Stunde soll zum Studium und die zweite Stunde zur Diskussion verwendet werden. Der Genosse Dienstvorsteher Dolzinski erhielt den Auftrag, in der Schulung der Meister laufend die 35. Tagung mit zu behandeln. Diese Genossen müssen vor der Parteileitung berichten, wie sie ihre Aufträge erfüllen.

Der Parteisekretär, Genosse Hermann Wolf, wurde beauftragt, gestützt auf die Parteigruppe der BGL, die 35. Tagung des ZK und die 30. Bundesvorstandssitzung des FDGB mit allen Mitgliedern der Betriebsgewerkschaftsleitung auszuwerten. Eine entsprechende Empfehlung führte zu dem Beschluß der BGL, in einem Seminar die genannten Materialien auszuwerten. Weiter wurde festgelegt, Anfang April eine Vertrauensmännervollversammlung einzuberufen. Jedes Mitglied der BGL wurde verpflichtet, in einer Gewerkschaftsgruppe zusammen mit dem Vertrauensmann Klarheit bei